

itl.
Dělnická akademie
Praha II.
Hyberbaská ul. 7.



Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
A. Dafflon u. Verwaltung: Drag II, Petřínka 16 • Zetelph.: 26795, 31409, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33858 • Doffdruckamt: 57544

13. Jahrgang.

Sonntag, 24. September 1933

Nr. 224.

Dollfuß, der österreichische Papen

Der Austrofascismus im Dienste Hitlers / Selbstmord der christlichsozialen Partei
Diktaturvorbereitung ist wichtiger als Landesverteidigung / Die Gegenkräfte des
Nationalsozialismus werden ausgeschaltet / Der „Diktator“ als Spielball der Putschisten

Am Vorabend einer europäischen Konflagration?

Dem großen Interesse unserer Arbeiter-Versammlungen für die Vorgänge in Oesterreich Rechnung tragend, veröffentlichen wir nachstehenden Sonderbericht. Er beleuchtet die Situation, die durch die letzten Veränderungen im Kabinett Dollfuß bedrohlich verschärft wurde. Die Schlussfolgerungen unseres Berichterstatters verdienen auch Würdigung vom Standpunkte der nachbarlichen Interessen unseres Landes und des europäischen Friedens.

I. Die Lage in Oesterreich ist keineswegs kompliziert. Man kann sie höchst einfach charakterisieren. Dollfuß hat zwar die nationalsozialistische Partei verboten, aber er steigert trotz aller operettenhaften Polizeimaßnahmen die Chancen des Nationalsozialismus von Tag zu Tag. Das müßte nicht so sein. Der Fall des Zentrums und der bairischen Volkspartei, der Schiffbruch Brünnings und Helld's haben wohl hinreichend dargetan, wie die Sache nicht zu machen ist. Vergessens, nach einem tieferen Sinn der Dollfußerei zu fragen. Am ehesten trifft der Vergleich mit P a p e n zu. Die Sucht, bei der „neuen Entwicklung“ irgendwie dabei zu sein, erfasst die politischen Ideen. Außenleiter der Politik, denen der Ruhm des Gestalters versagt blieb, gieren nach dem Ruhm des Wegbereiters. Wegbereiter des Hitlerismus in Oesterreich zu sein, mit dem Schicksal des eigenen Landes und mit den unabsehbaren Gefahren einer europäischen Verwicklung zu spielen, dieser Ruhm gebührt — ohne daß und Reid sei es zugestanden — auch dem Herrn Dollfuß.

Oesterreich taumelt einem Abgrund zu. Das kleine, geographisch verstümmelte und wirtschaftlich kaum lebensfähige Land hat durch den Sieg des Hitlerismus den gewohnten außenpolitischen Rückhalt des deutschen Reiches verloren. Die Expansionskraft des Saltenkreuzfascismus, zurückgeworfen bisher in West- und Ost durch die Widerstandskraft seiner wehrhaften Nachbarn, brandet nun mit aller Wucht gegen das schwache Oesterreich. Die Ausreiseperrre allein hat das wirtschaftliche Leben ganzer österreichischer Grenzprovinzen in Frage gestellt. Dazu tägliche Demonstration der überlegenen Gewalt und die Wirkung einer hundertprozentigen Propaganda, die in der Verfahrenheit der österreichischen Situation einen fruchtbaren Boden vorfindet. Leicht auszurechnen, daß der entscheidende Stoß gegen Oesterreichs Selbständigkeit in den nächsten Monaten, vielleicht Wochen schon, geführt werden wird.

Wie stehen dann die Chancen? Die österreichisch-deutsche Grenze dehnt sich im Gebirgsterrain über einhalb tausend Kilometer. Drüben stehen zehn- bis zwölftausend Mann österreichischer Legion, darunter gut 1500 ausgebildete Soldaten, die aus dem Bundesheer entweder wegen nationalsozialistischer Verätiigung ausgeschlossen wurden oder desertiert sind, oder schon früher abgerüstet haben. Auf österreichischer Seite stehen einige tausend Wehrmänner und Hilfspolizisten. In Vorarlberg, Tirol und Salzburg sind die Christlichsozialen in den Städten erledigt. Auch die Jungbauern sympathisieren mit den Nazis. Ideale Bedingungen also für einen Einfall der Legion, deren in Ruffstein oder Salzburg ausbrechender Aufstand gegen die Regierung sozusagen eine „innerösterreichische Angelegenheit“ wäre. Jedes Kind müßte einsehen, daß ein Saltenkreuzputsch an der deutschen Grenze nur mit Hilfe der unerlöschtesten sozialdemokratischen Bewegung zurückzuschlagen sei. Die-

ser Einsicht konnte sich auch der bisherige Heeresminister nicht verschließen.

Vaugoin war der Mann, der die Grenze verteidigen wollte. Als exprobiert Antimarkist, der zwölf Jahre gegen den sozialdemokratischen Einfluß in der Wehrmacht erbittert Krieg geführt hatte, war er zur Ueberzeugung gekommen, daß nur im Zusammengehen mit den Sozialdemokraten Oesterreichs Selbständigkeit zu retten sei. Er ist gegangen worden. Mit ihm der Vizkanzler Winkler, immerhin ein Mann demokratischer Gesinnung, der mit seiner landständischen Front im Regierungslager ein Gegengewicht gegen die puschlüsternen Heimwehren bildete. Und der Effekt?

Daß die vor den Kopf gestohlenen Anhänger Winklers zu den Nazis abwandern werden, daß die Selbstauflösung der christlichsozialen Partei mit Absenschriften vorwärts geht.

Dollfuß und seine Partei, das ist ein besonderes Kapitel! Der Bundeskanzler hat das Stichwort gegeben und die heulenden Derwische der offiziellen Presse leiern es täglich herunter, daß das Ende des Parteienstaates gekommen ist. Na, schön. Wer war bisher der Nutznießer des Parteienstaates in Oesterreich? Zu 90 Prozent die christlichsoziale Partei. Wer hat Dollfuß zum Bundeskanzler gemacht? Die christlichsoziale Partei. Welch ein Staatsmann, der mit freischwebendem Geleide den Ast absägt, auf dem er sitzt! Wer Diktator werden will, kommt natürlich um den Schwinkel nicht

herum, gegen das „Parteienwesen“ zu lästern. Den erfolgreichen Diktatoren war dies bloß Mittel zum Zweck. Sie favorisierten damit ihre eigene Partei, sie strebten das Monopol ihrer Partei an. Dollfuß will Diktator spielen durch Zerstörung seiner Partei. Daß der alte Kunjachal wochenlang antichambrieren muß, um bei ihm vorgelassen zu werden, daß der Führer des einst mächtigen niederösterreichischen Bauernbundes, der den Dollfuß „gemacht“ hat, nicht vorgelassen wird, daß er den Parteiohmann Vaugoin kurzerhand aus der Regierung hinauswirft — das sind Keutenschläge gegen das schwer erschütterte Ansehen der christlichsozialen Partei, handgreifliche Ernüchterungen an die schwankenden Anhänger, zu den Nazis überzulassen. Und sie verstehen den Wink.

Je größere Vollmachten sich Dollfuß freigiebig zunimmt, oder eigentlich annimmt, desto schmaler wird seine Vertrauensbasis in der Bevölkerung. Denn die als Ersatz für die alten Regierungsparteien aufgezoogene „Vaterländische Front“ ist eine Operettenmache, keine österreichische, weil sie schlecht inszeniert und taurig anzusehen ist. Wenn ihre Kundgebungen von der Heimwehr nicht watiert werden, kann sie einpaden. Das weiß Starhemberg und er hat dieser Tage seinen Gönner Dollfuß mit einer Anklündigung überrascht, die den Dahnenschwänzern verbietet, weiterhin bei der vaterländischen Front mitzutun. Der bankrotte Fürst läßt aber, handeln, wie auch seine jüdischen Gläubiger mit sich handeln lassen mußten. Er wird dem Dollfuß seine Söldner wieder borgen. Gegen Entgelt. Im Privatleben heißt das Expressung. Dollfuß ist der Gefangene der Heimwehr. Diese Heimwehren bestehen gut gerechnet aus 20.000 Prätorianern und einer auf Hund und Raß

zerstürrten Führung, von der die eine Richtung (Starhemberg) Oesterreich zu einer italienischen Kolonie machen und die andere (Fey) die Habsburger auf den Thron setzen will. Ein geordneter Staat könnte sich diese Expressergesellschaft mit einer Polizeirazzia vom Hals schaffen. In Oesterreich dürfen die Heimwehren das Land terrorisieren und ruinieren, weil der mächtige Mussolini seine schützende Hand über sie hält. In der Nacht auf Freitag stand es so, daß Dollfuß gereizt war, die Heimwehren aus der Regierung wegzuschicken und ein christlichsoziales Partei-kabinett zu bilden.

Die Intervention des italienischen Gesandten machte den „starlen Mann“ windelweich.

Die Heimwehren trugen dadurch, daß Winkler und Vaugoin ausgeschifft wurden, während sie bleiben konnten, einen beträchtlichen Erfolg davon.

Das Ausland soll nun mit dem Hinweis beruhigt werden, daß dem Fey das Sicherheitswesen aus der Hand genommen wurde. Dafür ist er Vizkanzler geworden und hat bei Abwesenheit Dollfuß's den ganzen Staatsapparat einschließlich des Bundesheeres in seiner Gewalt. Wobei zu beachten ist, daß dieser Staatsapparat schon längst nicht mehr intakt ist und gegen die entscheidende nationalsozialistische Gefahr kaum kluglos funktionieren wird. So bleibt das einzige Ventil für die Verlegenheiten dieser unmöglichen Regierung die Fortsetzung der Provokationen gegen die sozialdemokratische Arbeiterchaft. Deren „legale“ Entrechtung etwa mit Hilfe des angekünndigten Ständeparlaments wäre zwar die bequemere, aber sie ist die unwahrscheinlichere Lösung. Die Dinge nehmen ihre n e u e n Lauf. Der Handschrei auf das Wiener Rathaus und das Verbot der sozialdemokratischen Partei werden erneut angedroht. Dieser gegen den Marxismus gerichtete Schlag richtet sich, wenn er zur Ausführung gelangt, in Wahrheit gegen Oesterreichs Existenz.

Denn so werden die psychologischen Voraussetzungen zerstört, unter denen die sozialdemokratischen Arbeiter Oesterreichs Selbständigkeit gegen den Hitler-Fascismus verteidigen könnten.

Der Austrofascismus kann es allein auf einen offenen Kampf gegen die nationalsozialistische Landesbedrohung nicht ankommen lassen. Denn die italienische Orientierung ist nur bei den von Mussolini ausgeschalteten Heimwehrlührern populär, nicht beim Volke. Steht die Wahl zwischen einer austrofascistisch-italienischen und einer neudeutsch-hakenkreuzerischen Diktatur, dann hat Hitler die österreichische Partei gewonnen. So bleibt den Austrofascisten nur der Rückzug zur monarchistischen Lösung offen. Wie ernst diese Eventualität zu nehmen ist, beweist die Anwesenheit von drei erklärten Monarchisten (Fey, Schujahnigg und Heeresminister Schönburg-Sartenstein) im neuen Kabinett. Auch den Volkstreffen, die noch zwischen Nationalsozialismus und Sozialdemokratie stehen, erscheint nicht mehr Dollfuß als der „Ketter“, sondern der kommende Monarch. Beide ernsthaften Möglichkeiten aber, die Gleichschaltung Oesterreichs durch den neudeutschen Imperialismus oder die Wiedereinigung der Habsburger steigern die mitteleuropäische Verworrenheit und rücken in bedrohliche Nähe die Gefahr einer europäischen Konflagration.

Oesterreich wäre nur zu retten, durch eine Koalition der demokratischen katholischen Bauern- und Arbeiterelemente mit der Sozialdemokratie unter dem Programm einer mitteleuropäischen Verständigung. Obwohl Ueber-raschungen nicht auszuschließen sind, ist diese Eventualität von allen zunächst die unwahrscheinlichste. Zwar suchen gerade in der Provinz draußen die gemäßigten Christlichsozialen vielfach aus reinem Selbsthaltungstrieb die Annäherung an die Sozialdemokratie, doch es hat den Anschein, daß die Reste

Vierjährige Prüfungszeit für Deutschland? Frage der Sanktionen noch ungelöst

Paris, 23. September. (Havas.) Obwohl das gestern abends über die französisch-englisch-amerikanischen Beratungen veröffentlichte Kommuniqué sehr zurückhaltend ist, ist doch der Gesamteindruck der Beratungen, wie er sich aus der heutigen Pariser Presse widerspiegelt, ein bedeutend günstiger. Die Blätter erklären, daß es sich nur um vorbereitende Verhandlungen mit dem Zweck gehandelt hat, eine Annäherung der Standpunkte von Paris, Washington und London herbeizuführen. Diese Annäherung wurde auch im wesentlichen Maße erzielt und auch die Nachrichten aus Rom sprechen von einem übereinstimmenden Standpunkt der italienischen Regierung.

Zum offiziellen Kommuniqué sagt „Journal“: Die Londoner Regierung hat die Montag dem Unterstaatssekretär Eden in London unterbreiteten Vorschläge angenommen.

England stimmt also mit dem Vorschlag überein, für alle Arten der Effektivität eine vierjährige Prüfungszeit einzuführen, in welcher Frist durch eine systematische und regelmäßige Kontrolle an Ort und Stelle der gute oder schlechte Wille Deutschlands festzustellen werden soll. Falls in dieser Frist Deutschland keinen Verstoß unternimmt, wird Frankreich abrüsten.

Einzelheiten über seine Abrüstung mitzuteilen, ist Frankreich schon jetzt bereit. Diese Punkte

wurden auch vom amerikanischen Vertreter Norman Davis und dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini gebilligt.

Aber noch bleiben, so sagt das „Journal“, zwei Fragen ungelöst:

1. Welcher Art sollen die Sanktionen sein, die gegen jene Staaten in Anwendung gebracht werden sollen, die die Konvention verletzen oder versuchen, die Kontrolle zu umgehen, und
2. Wie soll die Kontrolle ausgenommen werden.

Außenminister Simon und Unterstaatssekretär Eden sind gestern nach Genf abgereist, wohin sich heute Außenminister Boncour gleichzeitig mit Norman Davis begeben.

„Echo de Paris“ erfährt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika der internationalen automatischen Rüstungskontrolle beigesteuert haben und bereit sind, sich ihr in allen Konsequenzen zu unterwerfen. Die englische Regierung blide auf jede Kontrolle ihrer Regierung als unvereinbar mit ihrer Würde, hat aber im Prinzip gleichfalls zugestimmt. Sie ist bemüht, nur in den Einzelheiten einige Bestimmungen abzuändern. Die Verhandlungen werden in Genf fortgesetzt werden, wo nunmehr insbesondere die Gegenanträge der deutschen Regierung erwartet werden.

der christlichsozialen Partei lieber an ihrem Antimarkismus zugrundegehen, ehe sie den Weg der Vernunft beschreiten.

Realpolitische Betrachtung muß also damit rechnen, daß die österreichische Sozialdemokratie bei den kommenden Entscheidungen allein stehen wird. Für ihre Kampfsausichten mag ein Gradmesser sein, daß die Partei zum Unterschied von allen bürgerlichen Parteien des Landes in den bisherigen Stürmen eine unerhörte Widerstandskraft bezeugt hat, daß sie ideologisch und organisatorisch unerschütterlich geblieben ist. Auf dem vorgehobenen Posten der europäischen Demokratie kämpfend, zwischen zwei faschistischen Großmächten eingeklemmt, hat sie freilich eine beispiellos schwere taktische Aufgabe zu lösen. Es entsprach der Stimmung der Arbeiter in den meist gefährdeten Alpenländern, wo der Nationalsozialismus die große unmittelbare Gefahr ist, daß die Partei vorübergehend die Attacken des Dollfußregimes mit kluger Zurückhaltung beantwortete. Diese Hemmung ist seit dem letzten Regierungswechsel fortgefallen. Bundesrat Schwarz hat bereits vorher in seiner Rede angekündigt, daß die österreichische Arbeiterklasse entscheidende Angriffe auf ihre Rechte mit dem Einsatz aller Kampfmittel beantworten wird. Diese Rede, die übrigens in Oesterreich nicht offen verbreitet werden darf, war der Klassenbewußten Arbeiterschaft aus dem Herzen gesprochen. Nun ist die Führung der Partei vor die außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt, auf die Winkelzüge des Gegners nicht zu früh einzugehen und mit der Kampfpapierrolle nicht zu spät zu kommen. Niemand kann voraussagen, wie ein Generalfreist mit allen

seiner Konsequenzen ausgehen wird, aber begründet und gerechtfertigt ist unser altes Vertrauen in die beispiellose Aufopferungsfähigkeit, Umsicht und Tatkraft der österreichischen Sozialdemokraten. Die österreichische Arbeiterbewegung wäre nur zu vernichten, um den Preis der Vernichtung Oesterreichs.

Mit jedem innerpolitischen Gegner ist die österreichische Arbeiterschaft bisher fertig geworden und wird sie auch weiterhin fertig werden. Verhängnisvoll für die Sache der Demokratie in Oesterreich ist das Uebergreifen ausländischer faschistischer Gewalt in die Entscheidungen der Innenpolitik. Die Entscheidung liegt daher bei den europäischen Demokratien. Wenn sie sich weiterhin mit sanften Ratschlägen begnügen, während der Faschismus die Methode des realpolitischen Eingreifens geradezu für sich pachtet, wenn die demokratischen Westmächte weiter so mit Blindheit geschlagen sind, daß sie in Dollfuß einen „Reiter“, statt den Wegbereiter des Hitlerismus sehen, dann können auch die österreichischen Republikaner mit dem Einsatz von Leib und Leben diese verhängnisvollen Unterlassungssünden nicht ausüben. Wenn die Tatsachen nicht allen Beschlüssen voraussehen, dann hat, unbekümmert um verblendete Diplomaten und jaghafte Regierungen, die internationale Arbeiterbewegung noch zur Rettung der freien Republik Oesterreich eine Aufgabe zu leisten: zu proklamieren, daß ein die Arbeiter knechtendes faschistisches Oesterreich, gleichviel ob es brauner oder schwarzgelber Färbung ist, dem gleichen wirtschaftlichen Vorkott und der gleichen moralischen Achtung verfallen wird, wie Hitler-Deutschland!

Konzentrationslager in Oesterreich? In Bruck a. M. und Möllersdorf

Wien, 23. September. (Eigenbericht.) Die Regierung Dollfuß plant jetzt in ihrem Bestreben, den Faschismus zu kopieren, die Errichtung von Konzentrationslagern in Oesterreich. Das heutige Abendblatt der Heimwehr bringt darüber bereits Einzelheiten und erklärt, daß eine derartige Verordnung noch heute nachts von der Regierung beschlossen werden soll.

Das Blatt schreibt, daß Personen, die im Verdacht stehen, staatsfeindliche oder sonst der öffentlichen Sicherheit gefährliche Handlungen vorzubereiten, zwecks Hintanhaltung solcher Handlungen zum Aufenthalt in Konzentrationslagern verhalten werden können. Personen, gegen die eine solche Verfügung erlassen wird, haben das Recht der Berufung, die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Der Bescheid zur Unterbringung in einem Konzentrationslager ist in jedem Fall sofort zu

vollstrecken. Die Häftlinge werden, wie das Blatt schreibt, auch die Kosten ihrer Unterbringung selbst zu tragen haben.

Wie man erfährt, sind bereits zwei Orte, die bezeichnenderweise an der ungarischen Grenze liegen, für diese Lager vorgesehen, und zwar Bruck a. M. und Möllersdorf.

Oesterreichische SA-Leute an der Grenze abgefangen

Innsbruck, 23. September. An der Grenze zwischen Tirol und Bayern machen gegenwärtig, wie festgestellt werden konnte, aus Oesterreich nach Deutschland geflüchtete SA-Leute, die bisher im Lager Seefeld waren, Dienst. Zwei dieser Grenzspitzen, die anscheinend, um auszukundschaften, über die Grenze gekommen waren, wurden gestern bei Landl verhaftet und nach Aufstein eingeliefert.

Van der Lubbe im Hungerstreik Dimitroff im Angriff gegen die Anklage

Berlin, 23. September. Das Geheimnis, mit dem die Person des Holländers van der Lubbe umgeben ist, verdichtete sich noch am dritten Tage des Leipziger Prozesses durch die sensationelle Mitteilung, daß der Angeklagte jedwede Nahrungsaufnahme verweigert. Wie mit aller Bestimmtheit versichert wird, lehnt van der Lubbe außerdem schon durch drei Wochen hindurch jede Fleischspeise ab. Während dieser ganzen angegebenen Zeit begnügte er sich mit einem Stück Brot. Während der heutigen Verhandlung sah der Angeklagte vollkommen in sich zusammengefallen auf dem Sessel, mit dem Kopf beinahe bis auf die Knie. Die durch den Advokaten ausgesprochene Vermutung, daß der Angeklagte für eine weitere Teilnahme am Prozesse unfähig sei, ist wahrscheinlich keineswegs übertrieben. Was er mit dem Hungerstreik erreichen will oder was ihm zu demselben veranlaßt hat, ist niemandem klar. Der Vorsitzende des Gerichtes schenkte der Mitteilung des Advokaten keine größere Aufmerksamkeit und wandte sich, welchen Zweck sein Hungerstreik verfolgen soll.

Einen scharfen Kontrast zu dem apathischen Aussehen des Holländers van der Lubbe bildet der temperamentvolle und explosive Bulgare Dimitroff, der die Hauptperson der heutigen Verhandlung war. Er ist von kleinerer Gestalt und sein Gesicht hat den typischen Ausdruck eines Intellektuellen. Ungezwungen stellt sich Dimitroff vor den Richter, lehnt sich mit dem Ellbogen auf einen nahen Sessel und ist bei der kleinsten Gelegenheit geneigt, im Tone eines Konferenziers ausführlich auf die Fragen des Gerichtes zu reagieren. Der Vorsitzende des Gerichtes, Dr. Bünzger, ein ältlicher Herr mit rötlichem länglichen Gesicht ist an höflicheres Benehmen gewöhnt und es befällt ihn jeden Augenblick eine Erregung über das Auftreten Dimitroffs. Er droht sogar dem Angeklagten, daß gegen ihn die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden und daß er eventuell aus dem Saale geführt werden wird, wenn er den Ton seiner Aussagen nicht ändert. Dimitroff ist durch diese Drohung nicht eingeschüchtert. Er wendet sich in den Saal und beruft sich auf die Auslandsjournalisten. Er erklärt: „Ein halbes Jahr befinde ich mich schon im Gefängnis, wovon ich während dieser Zeit fünf Monate in Zellen gehalten wurde. Warum? Ich bin vollkommen unschuldig. Ich habe mit dem Reichstagsbrande nichts gemein! Entschuldigen Sie daher Herr Vorsitzender, wenn ich meine Nerven nicht so gut beherrsche wie Sie.“ Bei einer anderen Gelegenheit erklärte Dimitroff: „Während

der vorausgegangenen Untersuchung gegen mich, hat der Richter alles mögliche versucht, um aus mir in tendenziöser Weise einen Putschisten und einen terroristischen Abenteurer zu fabrizieren. Ich leugne meine kommunistische Ueberzeugung nicht! Ohne proletarisches Diktat kann die Welt von der heutigen Krise nicht befreit werden. Aber gleichzeitig bin ich ein Gegner von individuellen Terror und Einzelaktionen.“ — Nicht weniger energisch benimmt sich Dimitroff gegenüber dem Staatsanwalt, der seinerseits bemüht ist, im strengsten Amtston zu sprechen. Dimitroff fällt ihm ins Wort, verurteilt die Methode, mit welcher die Anklageschrift ausgearbeitet wurde und fährt fort, daß er über verschiedene Angelegenheiten, die in der Anklage enthalten sind, heute zum erstenmal höre. Eifrig spricht Dimitroff über die Untersuchungsmethoden, die gegen ihn angewendet wurden, was ihm wieder eine scharfe Zurechtweisung des Vorsitzenden einbringt. Aber trotzdem geht Dimitroff zu einem neuen Angriff über. Er meint weiter, daß ihm nicht die Möglichkeit gegeben wurde, um sich in der Haft die Belege zu beschaffen, die seine faktischen politischen Ziele und seine politischen Ansichten beweisen sollen. Er wirft seinem Verteidiger vor, daß er nicht die notwendigen Schritte unternahm, um das erforderliche Material zu erhalten.

Der Verteidiger der drei Bulgaren, Doktor Teichert, wehrt sich gegen diese Vorwürfe nicht besonders, führt aber demgegenüber an, daß er

seiner Ansicht nach einige Belege beschaffte, die dem Angeklagten von Nutzen sein könnten. Er legt eine amtliche Mitteilung der bulgarischen Gerichte vor, aus denen hervorgeht, daß die Auszüge aus den Strafakten, die durch Vermittlung der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin besorgt wurden, nicht mit den verschiedenen Punkten der direkten Informationen, die der Advokat bei bulgarischen Gerichten einzog, übereinstimmen.

Vor dem Gericht erschien heute auch der zweite Bulgare Popoff zum Verhör. Zum Unterschied von Dimitroff, der ohne Dolmetscher ein recht gutes Deutsch sprach, sagte Popoff nur in bulgarischer Sprache aus, wodurch der Verlauf der Verhandlung sehr gehemmt wurde. Popoff ist von schwacher Figur und macht den Eindruck eines intelligenten Studenten. Er sagt sehr ruhig und ohne jedwede Nervosität aus, beharrt aber pedantisch darauf, daß nicht die kleinste Unklarheit darüber herrsche, was er aussagt. Der dritte Prozeßgegner beginnt mit einer verschärften Kontrolle aller im Saale anwesenden Personen, auch der ausländischen Journalisten. Auf Antrag Dr. Saks wird Torglers Mutter gestattet, an der Verhandlung teilzunehmen. Dann wird dem Antrag des Verteidigers van der Lubbes stattgegeben, der mit Rücksicht auf die Nahrungsbewergerung des Angeklagten wünscht, daß dieser von einem Arzt untersucht werde.

Die Jugeneinvernahme Dimitroffs beginnt mit seiner Erklärung, daß ihn seine in Bulgarien erfolgte Verurteilung zum Tode nicht interessiere. Er sagt aus, daß er an dem kommunistischen Aufstand im Jahre 1923 aktiv beteiligt gewesen sei. Dieser Aufstand habe wegen der opportunistischen Haltung der bulgarischen kommunistischen Partei mit einem Mißerfolg geendet. Dann sei er nach Wien und im Jahre 1923 nach Berlin gegangen. Von Ende 1931 bis Mitte 1932 sei er in Moskau, später wieder in Berlin gewesen. Auf die Frage, ob er mit dem kommunistischen Abgeordneten Cherlein Zusammenkünfte gehabt habe, antwortet Dimitroff verneinend.

Nach einer kurzen Pause wird der Kriminalkommissar Heißig zum zweitenmal verhört. Er gibt an, daß van der Lubbe bald nach seiner Festnahme, als er erfuhr, daß er sich in Leipzig werde verantworten müssen, gesagt habe: „Na, das ist ja fein! Da werde ich eine große flammende politische Rede halten!“

Dann wird die Vernechtung Dimitroffs fortgesetzt. Seine Aussagen betreffen seine Tätigkeit in Deutschland, wobei der Vorsitzende nachzuweisen versucht, daß Dimitroff mit deutschen Kommunisten und mit der Berliner russischen Handelsvertretung Verbindung hatte.

Zu einem erregten Zwischenfall kommt es, als Dimitroff dagegen protestiert, daß man ihm in der Voruntersuchung Beschuldigungen, die jetzt gegen ihn erhoben werden, verschwiegen hat. Der Vorsitzende droht, Dimitroff aus dem Saal entfernen zu lassen und von der weiteren Verhandlung auszuschließen.

Der Kriminalassistent Bauch sagt aus, daß er Dimitroff auf den Namen Hedrich lautenden Paß als Produkt der kommunistischen Paßfälscherwerkstatt in Wilmersdorf erkannt habe.

Die Einvernahme Popoffs verläuft ohne Zwischenfall. Popoff schildert seine Tätigkeit in Bulgarien, wo er zu 12½ Jahren Zuchthaus in contumaciam verurteilt wurde, und erklärt, erst in Moskau und dann in Berlin gelebt zu haben, wo er die bulgarische Annexion abwarten wollte.

Die Verhandlung wird hierauf auf Montag vertagt.

Van der Lubbe — noch verhandlungsfähig! Das ärztliche Gutachten.

Das Wolff-Büro meldet: Van der Lubbe ist nach Schluß der samstägigen Verhandlung durch den zuständigen Gerichtsarzt, Obermedizinalrat Dr. Schüb., auf seinen Gesundheitszustand untersucht worden. Das Ergebnis der Untersuchung war: Van der Lubbe befindet sich im Zustand heftiger Reiztheit, psychischer Abwehr und legt es offenbar darauf an, durch Herbeiführung völliger Entkräftung den Abbruch der Verhandlung zu erzwingen. Ein solches Verhalten stimmt auch überein mit den Anweisungen, die den Mitangeklagten der kommunistischen Partei für ihr Verhalten vor Gericht gegeben worden sind. Vorkläufig ist van der Lubbe noch verhandlungsfähig. Er ist auch noch in der Lage, der Verhandlung zu folgen. Sollte er aus keinem Abwehrzustand nicht heraustreten, so wird natürlich der Uebergang zur Zwangs-ernährung erzwungen werden müssen. Van der Lubbe erhält im Gefängnis Krankenloft.

Nazi erschossen

Ein Sozialdemokrat von Polizei schwer verletzt.

Reutkirchen, 23. September. (Wolff.) Bei einer hiesigen Wirtschaft wurde in der vergangenen Nacht eine schwere Bluttat begangen. Der verheiratete Nationalsozialist R. Hemmer wurde von dem Sozialdemokraten Lang im Verlauf einer politischen Auseinandersetzung durch einen Schuß getötet. Lang widerlegte sich der Festnahme durch die Polizei, so daß diese von der Waffe Gebrauch machen mußte. Er erhielt Schüsse in die Hand und in den Leib und wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

„Tannenbergbund“ aufgelöst

Berlin, 23. September. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit § 14 des BVO ist der „Tannenbergbund“ und die Organisation des „Deutschvolk“ im Gebiet des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten worden.

Das Doppelspiel der Christlichsozialen

Bis zum gestrigen Tage hatte die „Deutsche Presse“ über den „Bohemia“-Skandal geschwiegen. Das ist bezeichnend genug. Nun aber, da der Fall den christlichsozialen Lesern nicht mehr verschwiegen werden kann, rückt das christlichsoziale Hauptorgan mit einer Darstellung und Beleuchtung der Geschichte aus, die ein Muster zweifelhäufiger Haltung darstellt. So wie die „Deutsche Presse“ über den Skandal berichtet, wird weder der christlichsoziale Demokrat Grund zur Verteilung der „Bohemia“ finden, noch wird der christlichsoziale Faschistenliebhaber an der Haltung der „Deutschen Presse“ etwas auszufehen haben. Die „Deutsche Presse“ geht über den Kern der Sache, nämlich über den durch den Kauder-Brief erbrachten Beweis der intimen Beziehungen zwischen „Bohemia“ und Hitlerdeutschland mit dürren Worten hinweg und läßt die „Bohemia“ nur „ein Opfer der Ziellosigkeit und Richtungslosigkeit des liberalen Bürgertums“ werden. Das ist aber nur ein Teil, und zwar der in diesem Falle unwesentliche Teil der Wahrheit. Das Entscheidende, daß die „Bohemia“ nun als faschistisches Organ entlarvt ist, das ist für die christlichsoziale „Deutsche Presse“ nur Anlaß zu hämischen Zeitendementionen gegen die „sozialistisch-jüdische Presse.“ Sofft die „Deutsche Presse“ etwa, daß diese ihre Mischung von Antifaschismus und Antifeminitismus ihr wieder Eingang ins Dritte Reich verschaffen werden? Man könnte es fast meinen! Denn, daß das doch angeblich demokratische Hauptorgan der Christlichsozialen erklärt, der Trommelschall, mit dem die „Bohemia“ das neue Regime in Deutschland begrüßte, sei eine Sache nur der „Bohemia“, „in die wir uns nicht einmischen wollen.“ Warum will sich die „Deutsche Presse“ nicht einmischen? Weil sie eben ganz ähnlich der „Bohemia“, nur etwas geschickter, mit Schaulustpolitik ihr Auslangen zu finden hofft: so ein bißchen demokratisch und so ein bißchen Verbindlichkeit halten zu den Sakentzählern. Und so je nach der augenblicklichen Lage kommt einmal das demokratische, ein ander Mal wieder das, sagen wir: Volksfront-Pipperl mehr zum Vorschein.

Bei dieser Gelegenheit kann man zum Beweise dessen schon daran erinnern,

daß es eigentlich die Christlichsozialen waren, bei denen sich das sudetendeutsche Volk für den Einheitsfront-Rummel bedanken kann, der jetzt neuerdings Deutschböhmern und Deutschmähren unsicher macht. Denn auf dem christlichsozialen Parteitag in Prag, Ende Mai dieses Jahres war es, wo in einer Entschliebung „an alle deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Partei die dringende Aufforderung“ gerichtet wurde,

„sich zusammenzuschließen zu einer einheitlichen sudetendeutschen Front!“

Jetzt sind die Christlichsozialen wieder ein wenig abgerückt von dieser Einheitsfront, jetzt machen sie der „Volksfront“ Manderln. Sie haben es also zu allerletzt nötig, von „Ziellosigkeit“ und „Richtungslosigkeit“ zu sprechen. Vor allem aber zeigen sie nun, im Falle der „Bohemia“, neuerdings, daß sie nicht daran denken, die Demokratie entschlossen zu verteidigen und den Widersachern der Demokratie mit der notwendigen Schärfe und Unbeirrbarkeit entgegenzutreten. Da man aber gerade jetzt, im Sturm um die Demokratie, deren Freunde und Feinde am deutlichsten erkennen kann, da sich gerade jetzt mit jedem Tage mehr die Geister deutlich scheiden,

wird es auch den Christlichsozialen und ihrer „Deutschen Presse“ nicht erspart bleiben, endlich einmal Farbe zu bekennen.

Es ist charakteristisch für sie, daß kein Mensch angeben kann, wie diese Farbe der „Deutschen Presse“ und ihrer Partei aussähe und wie!

Das „Právo Lidu“ fordert scharfe Maßnahmen gegen die „Bohemia“.

Im Rahmen einer allgemeinen innerpolitischen Uebersicht befaßt sich das „Právo Lidu“ in seiner Samstagnummer auch mit dem Fall der „Bohemia“. Das Blatt schreibt hierzu:

„Mit Befriedigung konstatieren wir, daß unsere Aemter sich endlich entschlossen haben, energischer an die Verfolgung der zersetzenden Elemente im deutschen Gebiet wie in der Slowakei zu schreiben. Gegen den Chefredakteur der „Bohemia“ Wesselski wurde die Strafanzeige erstattet, die noch auf einige andere Personen ausgedehnt werden wird. Es handelt sich bekanntlich um den Nachweis von Verbindungen zwischen der Leitung der „Bohemia“ und reichsdeutschen Sakentzählern, deren Wünschen sich die „Bohemia“ unterordnete. Weil der ganze Ton der „Bohemia“ tatsächlich der Mentalität der Sakentzähler entspricht — wie z. B. aus dem gestrigen Artikel über den Prozeß in Leipzig mit den „Frankistern“ des deutschen Reichstages zu ersehen ist, — wird auch gegen das Blatt selbst, aus dem bereits einige Redakteure weggehen, scharf eingeschritten werden. Es wäre notwendig, die „Bohemia“ in das Verzeichnis jener Mäntel einzureihen, die nach dem Urteil des Gerichtes die politische Behörde einstellen kann. Heute ist nicht die Zeit, Leute mit Glacehandschuhen anzufassen, die Loyalität zum Staate vortäuschen und jetzt mit den Hitlerleuten paktieren.“

Die Reichskonferenz der sozialistischen Jugend.

Prag, 23. September. Heute begann im „Dobry dum“ die Reichskonferenz unserer Jugendlichen. Die Konferenz ist eine interne und vertrauliche Arbeitstagung und besteht aus den wichtigsten Vertretern der einzelnen Kreisorganisationen und dem Verbandsvorstand. Außer dem Genossen Dr. Czech, der die Partei vertritt, nehmen an den Beratungen die Vertreter der im Reichsziehungsbeitrag zusammengefaßten Erziehungsorganisationen, des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes und der Kinderfreunde teil. Für die tschechische sozialdemokratische Jugendbewegung sind die Genossen Dvořák und Kaus anwesend. — Nach den Begrüßungsreden der Genossen Czech und Kaus erstattete Genosse Wankla das Referat „Unser Kampf für die arbeitslose Jugend“.

Er konnte einleitend erschütternde Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit jugendlicher Arbeiter besanftigen. Nach einer Erhebung der Landeszentrale Reichenberg für freiwillige Arbeitsvermittlung waren Ende Februar 1933 von insgesamt 188.943 Arbeitslosen 45.522 im Alter von 14 bis 24 Jahren; d. i. 24 Prozent. Im Juli d. J. war der Anteil der genannten Altersgruppen 24,9 Prozent. Bei der Annahme, daß sich dieses Verhältnis im gesamten Staatsgebiet mit 20 Prozent bestimmen läßt, kommt man zu dem Schluß, daß im Februar d. J. 183.000 Arbeitslose im Alter von 14 bis 24 Jahren zu verzeichnen waren. Aus dem Bereiche der Landeszentrale Pilsen ist besonders erschreckend die Jugendarbeitslosigkeit im Bezirke Havelna; 2225 von insgesamt 5554 Arbeitslosen im Februar waren Jugendliche von 14 bis 24 Jahren. Im Referate selbst behandelte Genosse Wankla hauptsächlich die Probleme der sozialen Hilfe für die arbeitslose Jugend.

An dieses Referat schloß sich eine rege Besprechung, an der sich die Vertreter der wichtigsten Kreise und Genosse Ztrouh beteiligten. Genosse Czech gab wertvolle Aufschlüsse über die gegenwärtigen Möglichkeiten der Arbeitslosenhilfe, worauf nach einem Schlußwort des Genossen Wankla folgender Beschluß gefaßt wurde:

Beschluß:

Die am 23. und 24. September 1933 in Prag tagende Reichskonferenz des Sozialistischen Jugendverbandes stellt fest, daß zur Bekämpfung der Gefahren aus der erschreckend großen Jugendarbeitslosigkeit Maßnahmen von größtmöglicher sozialer Breite und demokratisch-pädagogischer Tiefenwirkung unerlässlich sind. Die Delegierten sehen, ganz im Sinne der Beschlüsse des Kongresses der Sozialistischen Jugendinternationale vom Jahre 1932, eine solche Maßnahme auch in der Organisation der öffentlichen und insbesondere staatlichen Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend unter Ablehnung jeder Form des Zwanges.

Die Reichskonferenz ermächtigt den Verbandsvorstand zu allen notwendigen und zweckmäßigen Schritten in Gemeinschaft mit Partei, Zentralgewerkschaftskommission, Arbeiter-Turn- und Sportverband und den tschechischen Genossen.

Ueber die organisatorische Lage und die organisatorischen Aufgaben erstattete der Verbandssekretär, Genosse Weisler, einen ausführlichen Bericht, der neue Arbeitsvorschläge und ein umfassendes Bildungs- und Erziehungsprogramm enthielt. Der Bericht und die neuen Arbeitsvorschläge beweisen, daß der Jugendverband trotz der schweren finanziellen Situation, in der er sich infolge der Wirtschaftskrise befindet, gute organisatorische Grundlagen hat und es vermochte, seine Arbeits- und Kampfkraft durch zweckmäßige Maßnahmen zu behaupten.

Im Anschluß an den Bericht des Genossen Weisler sprach der Verbandskassier Genosse Mateřna über die Finanzlage des Verbandes. — Die Aussprache über die Berichte, an der viele Genossen aus den Kreisen teilnahmen, gestaltete sich sehr ergiebig und brachte neue Gesichtspunkte für die Gestaltung der sozialistischen Jugendarbeit.

Nach einem Schlußwort des Genossen Weisler vertagte sich die Reichskonferenz auf den Sonntag.

Eine neue deutsche Partei.

So schaut die Konzentration der deutschbürgerlichen Parteien aus. Sie beschwindeln die ganze Öffentlichkeit.

Zeit einiger Zeit wird in der deutschen „nichtmarxistischen“ Öffentlichkeit Stimmung dafür gemacht, an Stelle der bisherigen Parteien eine „Volksfront“ zu schaffen, in der alle anderen Parteien aufgehen sollen, die also sogenannten den Sarg bilden soll, in den alle Parteien, die es nicht erwarten können, sich begraben zu lassen, hineinlegen werden. Das Ganze ist, wie wir bereits dargelegt haben, nichts anderes als ein Tarnungsversuch der Nationalsozialisten, die eine neue Firma suchen sowie ein Manöver der Deutschnationalen, die sich einen guten Abgang von der politischen Bühne sichern wollen. Die anderen bürgerlichen Parteien schauen der Bildung dieser „Volksfront“ höchst befriedigt zu und wenn sie in diese Front auch nicht eintreten, so wollen sie wenigstens in einem „Volksrat“ ihre wertvolle Hilfe den Männern des Halenkreuzes angeheißeln lassen.

Zust in dieser Zeit nun, die im Zeichen der Einigung der deutsch-bürgerlichen Parteien stehen soll, versucht man eine neue deutsch-bürgerliche Partei zu gründen. Der Gründer ist der Turner Fachlehrer Panzner. Die Gründung fand

Donnerstag, den 21. September, in Auffig im Dampfboot statt. Die Panzner dort mitgeteilt hat, steht der neuen Partei, nämlich der Partei der deutschen Hausbesitzer, eine große Zukunft bevor, sie hofft bei den nächsten Wahlen Mandate im Parlament zu erringen.

Aus dieser Meldung geht der ganze Unernst der deutschbürgerlichen Parteien hervor, die sich mit ihrem Einheitsfrontgeschäft vor der ganzen Welt lächerlich machen. Meinen sie es ernst mit der Bildung einer sudenteutschen Einheitsfront, dann müßte die Anzahl der sudenteutschen Parteien verringert, aber nicht vermehrt werden. Wenn nun neben allen anderen Parteien noch eine deutsche Hausbesitzerpartei entstehen wird, die man gar nicht braucht und die wohl nur dazu dient, den Ehrgeiz gewisser Herren zu befriedigen, dann ist das ganze Gerüde um die Konzentration des deutschen Parteienwesens ein Gesunkener, das nur dazu dient, die Leute zu verwirren.

Der Volksrat. Das Hauptorgan der tschechischen Klerikalen, „Dobry Listy“, schreiben in ihrem gestrigen Leitartikel: Eine interessante Aufgabe haben im heutigen deutschen Lager die Halenkreuzler und die Nationalen. Beide Parteien sind im Volksrat und gingen dort hin mit der doppelten Absicht, sich im Falle einer Verfolgung an die übrigen deutschen Parteien anzulehnen und sie für ihren Plan einer nationalen Einheitspartei zu gewinnen. Diese beiden nationalen Extreme sind etwas nervös, weil nach den ersten Aktionen der Regierung zur Sicherung des Staates endlich an sie die Reihe kam. Die weitere Existenz der Halenkreuzler ist nach all den Stüchchen, die in einem andern Staate niemand geduldet hätte, sehr problematisch. Die Herren Jung und Konsorten

sind auffallend ruhig geworden und spüren, daß es ihnen bei der geringsten Bewegung an den Krügen gehen könnte. Daher die Bemühungen um die Volksfront, die deutsche Einheitspartei, die durch Auflösung aller bisherigen deutschen nichtmarxistischen Parteien entstehen soll.

Auslieferungsgesuchen gegen Schollisch. Wie die „Vid. Nov.“ mitteilen, wurde dem Präsidium des Abgeordnetenhauses von der Staatsanwaltschaft ein Auslieferungsgesuchen gegen den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Schollisch überreicht. Die Strafanzüge fußt auf einem Artikel Schollichs in der Troppauer „Deutschen Post“, in dem die Flucht von Deutschen aus der Tschekoslowakei nach Deutschland und ihr Eintritt in die reichsdeutschen MA-Abteilungen gebilligt wird.

1419 Eisenbahnangestellte im Dienst des Finanzministeriums. Das Eisenbahnministerium teilt mit: Bei dem gegenwärtigen Ueberschuß an Angestellten einiger Kategorien der Staatsbahnen konnte durch Ueberleitung einer größeren Angestelltenzahl der Finanzverwaltung ausgeholfen werden. Gegenwärtig arbeiten in den Finanzämtern 1419 Angestellte der Staatsbahnen, und zwar 18 Juristen, 228 Beamte der 2. Dienstklasse (Mittelschüler), 347 Beamte der 3. Dienstklasse, 392 Unterbeamte und Angestellte, 369 Rangdienstangestellte und 65 Hilfsarbeiter.

Begnädigung Zutas abgelehnt.

Bregburg, 23. September. Das Kreisgericht in Bregburg hat mit Beschluß vom 21. September 1933 und nach Ueberprüfung aller Umstände das Gnabengesuch Walbert Zutas verworfen. A. Zuta wurde bekanntlich im Jahre 1930 wegen Anschlüssen gegen die Republik und Militärverrat rechtsgültig zu 15 Jahren Kerker verurteilt.

Arbeitslose aufgepaßt!

Geht den kommunistischen Hazardeuren nicht auf den Leim!

Wir haben schon auf die verbrecherische Leichtfertigkeit der Kommunisten hingewiesen, die in ihrer Presse bewußt falsche Informationen über die staatliche Arbeitslosenfürsorge veröffentlichen und zum Beispiel die für die Ernährungsaktion geltenden Richtlinien in einer für die Arbeitslosen möglichst ungünstigen Weise auslegen, da ihnen

die verlogene Hege gegen die Sozialdemokratie, — die sie natürlich für alles, was in der Welt vorgeht, verantwortlich machen —

wichtiger ist als die richtige Orientierung ihrer eigenen Leute,

die Sicherung der Ansprüche ihrer eigenen Parteigänger dem Staate gegenüber! Es ist nun interessant, daß die Kommunisten dieses Handwerk nicht nur öffentlich in Zeitungsverlautbarungen betreiben, sondern daß sie auch in internen, vertraulichen innerparteilichen Zirkularen gleichfalls auf nichts anderes ausgehen, als den eigenen Anhängern einzureden, daß ihnen der Staat weniger gibt, als er tatsächlich zu geben bereit ist, daß sie also lieber ihre eigenen Leute schädigen, als auf ein bißchen schäbige politische Hege zu verzichten.

Vor uns liegen vertrauliche Richtlinien, die die KPC für die Arbeit unter den Arbeitslosen herausgegeben hat („Směrnice k hnutí nezaměstnaných“). Da wird erzählt:

„Die vom Ministerium für soziale Fürsorge herausgegebenen Richtlinien für die staatliche Ernährungsaktion bedeuten einen Verlust, die Mehrheit der auf die staatliche Ernährungsaktion angewiesenen Arbeitslosen um die Unterstützung zu bringen.“

Zwei Lügen in einem Satz! Denn die Vorschriften für die Durchführung der Ernährungsaktion werden nicht von dem von einem Sozialdemokraten geleiteten Fürsorgeministerium herausgegeben — man merke die Absicht! — sondern von der Regierung, in der die bürgerlichen Parteien, wie man vielleicht auch in Kreisen der KPC weiß, die Mehrheit haben. Infolge des jähen Widerstandes, den die von den Kommunisten tagtäglich verunglimpften sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung geleistet haben, ist aber der bürgerliche Versuch, die Mehrheit der anspruchsberechtigten Arbeitslosen aus der Ernährungsaktion auszuschalten, nicht gelungen. Doch hören wir weiter:

„Durch diesen Angriff werden nicht nur die unorganisierten Arbeiter betroffen, sondern auch ein bedeutender Teil der organisierten, soweit sie bisher den Anspruch auf die Unterstützung nach dem Center Systeme nicht erworben oder ausgeschöpft haben,

— was natürlich wieder eine durch nichts begründete Lüge ist — und soweit sie nach der alten Verordnung neben der Unterstützung nach dem Center Systeme (niedrige Unterstufungen) noch Vettelscheine (Ernährungsarten) bekamen.“

Es ist bezeichnend für die kommunistischen „Anwälte“ der Arbeitslosen, daß sie nicht einmal die primitivsten Begriffe unserer Arbeitslosenfürsorge kennen,

denn eine solche „alte Verordnung“ hat es nie gegeben, da die Ernährungsaktion eben seit 1930 als eine Aktion für jene Arbeitslose durchgeführt wird, die nicht die Unterstützung nach dem Center Systeme erhalten.

Weiters erzählen die Kommunisten über die Behandlung der Saisonarbeiter im

Rahmen der Ernährungsaktion folgende Schauermerkmale:

„Ausgeschlossen sind alle Saisonarbeiter, wobei in den Richtlinien der Begriff des Saisonarbeiters nicht festgelegt erscheint, so daß sie die Möglichkeit geben, jeden auszuschaalen, der nicht das ganze Jahr gearbeitet hat.“

Ein Blick in die Richtlinien beweist, daß die Kommunisten lügen und so vielleicht kommunistische Saisonarbeiter um die Unterstützung bringen:

Aus der Aktion sind ausgeschlossen:

„Saisonarbeiter, d. i. Arbeiter, die Arbeiten verrichten, welche in der Regel infolge der Einflüsse der Witterung oder ihres besonderen Charakters nur auf einen Teil des Jahres beschränkt sind; Voraussetzung ist, daß sie mindestens durch die Hälfte der Saison tatsächlich beschäftigt waren.“

Und so geht es weiter. Wir wollen nur noch eine handgreifliche Fälschung herausgreifen und dem kommunistischen Rundschreiben die Wahrheit gegenüberstellen:

Die Kommunisten behaupten:

„Ausgeschlossen sind Arbeiter, die abgelehnt haben, eine Arbeit anzunehmen, sei es nun wegen unerträglicher Arbeitsverhältnisse oder wegen niedrigen Lohnes oder weil sie physisch nicht imstande sind, diese Arbeit auszuführen.“

Es fehlen einem die Worte zur Charakterisierung dieser Art, mit der die Kommunisten ihre Anhängerschaft über ihre Ansprüche unterrichten! Das Dokument, das uns der bekannte „günstige Wind“ auf den Schreibtisch getrieben hat, enthält aber noch andere Dinge, nämlich Anweisungen, wie die Kommunisten den Kampf der Arbeitslosen (lies: die Hege gegen die Sozialdemokratie) führen sollen. Man höre, was also alles geschehen muß:

„Das Dokument, das uns der bekannte „günstige Wind“ auf den Schreibtisch getrieben hat, enthält aber noch andere Dinge, nämlich Anweisungen, wie die Kommunisten den Kampf der Arbeitslosen (lies: die Hege gegen die Sozialdemokratie) führen sollen. Man höre, was also alles geschehen muß: einfach nach den örtlichen oder Bezirksverhältnissen den Kampf um die dringlichsten Forderungen eröffnen.“

Das wird von Prag aus dekretiert. Der „Kampf“ hat eröffnet zu werden, Begründung muß gefunden werden.

„Die Grundlagen unserer Aktion in der ersten Etappe, die verhältnismäßig kurz sein wird, werden die einzelnen Gemeinden bilden. Gerade dadurch, daß der Ausschluß vom Unterstützungsbezug in erster Reihe von den Gemeindefunktionen durchgeführt wird, daß durch ihre Vermittlung es möglich ist, Berufungen durchzuführen, daß wir an sie eine Reihe lokaler Forderungen richten, zeigt den Arbeitslosen die konkrete Adresse, an die sie sich wegen Erfüllung ihrer

Forderungen wenden müssen. Wir konzentrieren die ganze Aktion vor allem um die Gemeinde herum, geben ihr so eine breitere Grundlage und erhöhen die Durchschlagkraft. Durch öffentliche Versammlungen aller Arbeiter und der gesamten arbeitenden Bevölkerung, durch Proteste der Betriebsausschüsse und Versammlungen, durch Demonstrationen und Wandemonstrationen bei Entwidlung der Forderungen der betreffenden Teile der Masse... Aus der Bewegung der Arbeitslosen eine allgemeine Bewegung aller Arbeitenden machen. Wenn wir auf Grundlage des Kampfes gegen die Ausschaltung der Arbeitslosen aus dem Anspruch auf die Ernährungsaktion, auf Grundlage des Kampfes um die übrigen Forderungen der Arbeitslosen eine genug breite Grundlage und das Bewußtsein bekommen haben, daß es in erster Reihe notwendig ist, daß die Gemeinden Forderungen erfüllen, sind auf Grund von Refusen Massendemonstrationen zur Bezirksbehörde zu organisieren...“

Die Sozialen Kommissionen, soweit sie von der Regierung ernannt sind, sollen das Instrument zur Ausschaltung der Arbeitslosen aus der Unterstützung sein. Die Arbeitslosen verlangen Auftreten in den Kommissionen, sie verlangen Öffentlichkeit der Verhandlung. Sie wählen Vertreter und entsenden sie in die Kommission und erzwingen ihre Annahme. Am Tage des Zusammentritts müssen die Arbeitslosen und die ganze Bevölkerung aufgeboten werden, damit sie sich zur Verhandlung einfinden und darauf bestehen, daß die Vertreter der Arbeitslosen als Mitglieder der Kommission aufgenommen werden und über die Ausschaltung mitentscheiden.

„Aufzüge der Arbeitslosen nach den Wohnungen der Mitglieder der Kommission organisieren und hier verlangen, daß sie sich in der Kommission hinter ihre Forderungen stelle. Massenunterschriftenproteste gegen die Entscheidungen der Kommission sammeln. Verlangen, daß die Mitglieder der Kommission sich bei den Versammlungen der Arbeitslosen einfinden und hier ihre Entscheidung über die Ausschaltung der Arbeiter begründen, die Einberufung der Gemeindevertretung verlangen, die die Entscheidungen der Kommission aufheben und die Forderungen der Arbeitslosen annehmen soll. Die Verhandlungen der Gemeindevertretung und des Stadtrates unter der Kontrolle der Arbeitslosen und der ganzen Bevölkerung stellen...“

So wird es also gemacht! In Prag wird bestimmt, daß in Weipert und in Jvídau Empörung zu herrschen hat.

So soll die spontane „Erregung“ über den „Hungerminister Dr. Czech“ hervorgerufen werden! Und würden die Sozialdemokraten das Zehnfache für die Arbeitslosen erkämpfen, dann würden die Kommunisten ihren Anhängern ebenso wie heute Empörung verordnen und sie ebenso zu Aktionen der Unvernunft aufheben wie heute.

Denn ihnen kommt es nicht darauf an, den bejammerenswerten Opfern der Wirtschaftskrise zu helfen, ihnen genügt es, einen „Wirbel“ zu machen, irgendwo ein paar Leute aufzuputtsen, sie den Mitgliedern der Sozialen Kommission ins Haus zu schicken und diese damit unter Terror zu setzen, von dem sie ganz gut wissen, daß er nicht zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen, sondern nur zum Eingreifen der Polizei und Gendarmerie führen kann. Aber gerade das ist es ja, was die Kommunisten anstreben: die Arbeiter vor die Gewehre zu heben, bis ihnen die Staatsgewalt den Gefallen macht, auf die Arbeiter zu schicken...“

Doch alle bisher zitierten Ratschläge werden noch übertroffen von der Aufforderung, die am Ende der kommunistischen Richtlinien steht. Da heißt es über die Leistung von Arbeiten gegen Gewährung von Ernährungsarten:

Wenn wir nicht kräftig genug sein werden, damit die Arbeiter einheitlich die Arbeit ablehnen und wo sie die Arbeit angetreten haben, sie unter der Forderung der Lohnzahlung für eine ganze Woche mobilisieren bis zum eigenmächtigen Fortfahren in der Arbeit (sie werden die ganze Woche arbeiten und gehen sich dann den Lohn holen).

Hier erreicht die kommunistische Gewissenlosigkeit ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Verfasser dieser Richtlinien wissen natürlich sehr wohl, daß niemand, keine Gemeinde, kein Bezirk, eine Arbeit befohlen wird, die nicht bestellt wurde und von deren Notwendigkeit und Nützlichkeit man vielleicht gar nicht überzeugt ist. Die Kommunisten geben trotzdem den Arbeitslosen, die vielleicht zwei Tage irgendeinen Weg hergerichtet oder einen Graben zugeschüttet haben, den Win, einfach weiterzuarbeiten und sich dann den Lohn einzulassieren. Das bedeutet, daß sie den Arbeitslosen, die vielleicht infolge der Entbehrungen einer längeren anstrengenden Arbeit nicht gewachsen sind, zumuten,

um einer „Hege“ willen noch weiter unbezahlte Arbeit zu leisten! Ein solches Maß von Triviolität, ein solches Maß von Gewissenlosigkeit war noch nicht da!

Das soll eine proletarische Partei sein, die von den Proletariern nutzlos, aber vielfach gefährliche Opfer fordert, für die sie dann die anderen mit der Verantwortung belasten zu können wünscht! Man muß die Arbeitslosen dringend warnen, den kommunistischen Katastrophopolitikern auf den Leim zu gehen. Im Interesse der Arbeitslosen muß man ihnen die Gefahren, die die Umkehrung dieser kommunistischen Richtlinien in die Tat im Gefolge hätten, auf das eindringlichste vor Augen führen. Die kommunistischen Strategen der Niederlage aber richten sich in den Augen der deutschen Arbeiterklasse selbst!

Politik des Dünghaufens.

Ordinäre Schreibweise der „Landpost“.

Die „Landpost“, das Blatt des Herrn Ministers Spina, das sich in seinen Polemiken gegen die deutsche Sozialdemokratie stets durch ein möglichst tiefes Niveau auszeichnet hat, schreibt im Zusammenhang mit den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien nach einer Einheitsfront:

Nach dem jetzigen Stand der Dinge ist aber keine Einigkeit, geschweige denn eine Einheit möglich. Die deutschen Sozialdemokraten bleiben bei ihrem Glaubensbekenntnis von der Ueberwältigung der Arbeiterbewegung. Wenn es aber nur das allein wäre! Sie sind zum größten Teile wohl deutschstämmig, jedoch nicht nur nicht deutsch gesinnt, sondern sogar deutschfeindlich. Zu gewissen Zeiten hängen sie sich ein völkisches Mantelchen um, aber zu andern, wie eben gerade jetzt, setzen sie den Klassenkampfgedanken dem Volkstammgedanken voraus. Ein marxistischer Parteinotz steht ihnen offenbar näher als ein deutscher Arbeiter, der ihrer Partei nicht zugehört. Welch rücksichtslose Spießer sie mit der Zeit geworden sind, das werden sie gar nicht. Sie sitzen in ihrem Gerümpel veralteter Ideen wie eine Bratpfanne auf heißen Eisen. Neues Leben ist von ihnen nicht mehr zu erwarten, höchstens Gesank.

Ueberschrieben ist der Artikel „Spreu und Körner“. Die richtigere Ueberschrift wäre: Pferdemit und Kuhfladen.

Bei jeder Gelegenheit mit den Hakenkreuzlern.

Sonderbare Wege des kommunistischen Hauptorgans.

Das „Rude Právo“ macht seinen Lesern die Mitteilung von dem Drohbrief, den Gen. Dr. Strauß erhalten hat und der zweifellos aus dem hakenkreuzlerischen Lager stammt. Es wäre nun selbstverständlich, daß das kommunistische Organ bei dieser Gelegenheit sich scharf gegen die deutschen Faschisten wendet, die einen Vertrauensmann der Arbeiterklasse und Redakteur eines proletarischen Organs zumindest einzuschüchtern versuchen. Wer das annehmen würde, kennt die Kommunisten schlecht. Sie benützen die Gelegenheit einer offensibaren Drohung gegen einen sozialdemokratischen Redakteur, um — die Sozialdemokratie anzugreifen. Die Arbeiter seien angeblich unzufrieden mit der sozialdemokratischen Politik und die Sozialdemokraten „treiben besonders die kleinstädtischen Schichten in die Arme der Hakenkreuzler, wobei sich Individuen finden, die nicht einmal vor Mordmorden zurückschrecken“. Deswegen — man beachte die Logik des kommunistischen Blattes — malt die Sozialdemokratie die Gefahr des Hitlerismus an die Wand! Obwohl also das „Rude Právo“ selbst anerkennt, daß es sich bei dieser Drohung gegen Gen. Dr. Strauß um einen hakenkreuzlerischen Täter handelt, beschuldigt es unsere Partei, daß wir die hakenkreuzlerische Gefahr an die Wand malen, weil wir die Arbeiter auf die Intrigen der Nazis aufmerksam machen. Damit will das „Rude Právo“ in den Augen seiner Anhänger die faschistische Gefahr verkleinern, was nichts anderes bedeutet, als den Faschisten Hilfe zu leisten. So weit ist die Redaktion des „Rude Právo“ politisch und moralisch gekommen!

Der „Skodovak“ eingestellt.

Prag, 23. September. Amtlich wird gemeldet: Das Landesamt stellt die Ausgabe der in Billen erscheinenden Zeitschrift „Skodovák“ für die Dauer von sechs Monaten ein.

Montag Ueberreichung der Note an den Vatikan. Der tschechische Gesandte beim Vatikan, Dr. Radimský, der vom Urlaub wegen der Rumünien-Affäre nach Prag berufen wurde, fuhr Samstag nach Rom, wo er am Montag dem päpstlichen Staatssekretär die angeforderte Note der tschechoslowakischen Regierung überreichte, in der die Rückberufung des Rumünien nach Rom zum Zwecke der Berichterstattung, bzw. Rechtfertigung des Zwischenfalles verlangt wird.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Montag:

Prag 10.10: Konzert, 14.50: Schallplatten, 18.30: Deutsche Sendung. — Brünn 17.55: Fabrikfestsong, 18.25: Deutsche Sendung: Jägerdeutsch und Jägerlatein, 19.10: Balalaikasong, 20.15: Rückkehr aus den Ferien. — Kaschau 12.30: Orchesterkonzert, 18.20: Schallplatten. — Wien 15.55: Konzertstunde, 20.30: Im Flug um die Welt, 22.15: Abendkonzert. — Frankfurt 21.30: Kammermusik. — Peilsberg 20: Chöre von Brahms. — Harmonika-Quartetto, 21: Konzert. — Brünn 12.35: Romantische Klaviermusik. — Berlin 20: Rauch wird Schall. — München 20: Unterhaltungskonzert.

Dienstag:

Prag 10.10: Deutscher Schallfunk, 13.45: Schallplatten, 18.30: Deutsche Sendung: Tonfilmklager, 20: Konzert des ersten Prager Piano-Harmonika-Quartetts, 21: Konzert. — Brünn 12.35: Mittagskonzert, 17.45: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung, 19.20: Heitere Lieder. — Peilsberg 20: Aus deutschen Opern. — Breslau 18: Abendmusik. — Wien 16.30: Berühmte Dirigenten im Spiegel der Anekdote. — Hamburg 18.15: Hermann Löns. — Leipzig 21: Sinfoniekonzert. — Langenberg 17.30: Leichte Kammermusik. — München 21: Konzert.

Tagesneuigkeiten

Anheimliches Erlebnis.

Karlsbad. Wie ein goldner Regen fällt das warme Licht des Frühherbsts durch das Gitter der Bäume, läßt das Laub aufleuchten und ertrinkt schließlich im Dämmer des unendlichen Waldes.

Wir stehen auf den Höhen und blicken hinab auf die schöne, von behaglichem Leben erfüllte Stadt, deren Häuser sich wie Schwalbennester den hohen, budligen Strahlen anschmiegen.

Ein schmaler, laubüberdachter Weg führt den Gang hinauf. Auf den Bänken am Wege haben sich Menschen aus aller Welt ein Stelldichein gegeben. Deren sind eingeschütert und Daten, kunstvoll geschwungene Rantenszüge flüstern von Schicksalen, von kleinen Eitelkeiten...

Plötzlich stutzt man, das Lächeln, mit dem das Auge soeben über die bunte Parade der Mitteilbarkeit fuhr, macht tiefer Nachdenklichkeit Platz.

Dort steht der Name eines guten Freundes, eines Mannes, der jetzt drüben im unglücklichen Deutschland hinter Gittern sitzt, eines Menschen, den sie in der Hölle ihrer Konzentrationslager langsam erwürgen. Da gehen wir nun über das weiche Laub, die Sonne spielt über den Weg, die Vögel singen unbestimmert ihr kleines fröhliches Lied, und dort sitzt einer, einer von uns, gefesselt wie ein wildes Tier, in der Hand von Unmenschen, die mit Lust alles in ihm zerschlagen.

ATUS-Blumentag Sonntag, den 24. September 1933

Wer eine Blume kauft — übt Solidarität am Arbeiterkind!

was stark und zukunftsträchtig war. So wie wir wird er einmal unter diesem Blätterdach nach oben gemindert sein und im Ueberschwang von Dankbarkeit und Gefühl hier oben eingezeichnet haben.

Scheint die Sonne nicht plötzlich dunkler? Legen sich die Schatten des Waldes nicht wie riesige Fingerringe um die grübelnden Wanderer?

Es ist eine Begegnung mit Tod und Untergang — mitten im Frühherbstwald von Karlsbad. Enolic.

Ein Greis vom Auto getötet.

Leipzig, 23. September. (Eigenbericht.) Gestern gegen halb 8 Uhr abends wurde auf der Turner Hauptstraße der 81jährige Anton Niedel aus Turn von einem Kastrano überfahren. Er erlitt einen komplizierten Schädelbruch und andere Verletzungen, denen er erlag.

Da die Schuldfrage noch nicht geklärt ist, wurde der Chauffeur vorläufig in Haft genommen.

Berschollener deutscher Hydroavion in Southampton gelandet.

London, 23. September. (Reuter.) Der deutsche Hydroavion, der gestern abends vom Dampfer „Bremen“ mittels Katapults abgeschossen und nachher lange Zeit vermisst wurde, traf heute um 12 Uhr 45 Minuten unversehrt in Southampton ein. Die Verspätung des Hydroavions erklärt sich dadurch, daß das Flugzeug gezwungen war, bei Einbruch der Nacht auf dem Meere niederzulegen, wo es später von einer französischen Schaluppe gefunden wurde, die es an seine Abschußstelle abschleppte. Der Pilot, der die ganze Nacht an Bord des Flugzeuges verbracht hatte, startete früh nach Southampton, wo er wie oben gesagt, kurz nach Mittag eintraf. Der Pilot erzählte, daß er und auch der Mechaniker nach dem Abschluß des Flugzeuges von der „Bremen“ in einer Entfernung von etwa 600 Meilen von dem Schiffe die Richtung verloren und beschlossen habe, auf das Meer niederzugehen, trotzdem sie noch Benzin für eine Flugstunde an Bord hatten. Die französische Schaluppe nahm dann den Hydroavion ins Schlepptau. Die Mannschaft des Hydroavions blieb an Bord des Flugzeuges, obwohl das Meer sehr unruhig war. Die britischen Marine-Stützpunkte hatten Torpedobootzerstörer und Hydroavion entsandt, um Nachforschungen nach dem verschollenen Flugzeug anzustellen, das sie aber nicht auffanden.

Postflugdienst England-Australien geplant.

London, 22. September. (M.R.) Morgen wird von Croydon die erste Flugpost nach Rangoon abgehen, die am 1. Oktober in Burma erwartet wird. Das Flugzeug wird zunächst die bisherige indische Linie über Kairo, Bagdad, Karachi nach Kalkutta einhalten und von dort wird die für Burma bestimmte Post zum erstenmal über den 700 Kilometer langen Abschnitt über Aden nach Rangoon gefandt werden. Dieser neue Abschnitt liegt in der beabsichtigten 10.000 Meilen langen Linie des Postflugdienstes England-Australien. Das erste Postflugzeug Rangoon-London wird in Rangoon am 2. Oktober starten und am 10. Oktober in Croydon eintreffen. Man erwartet, daß der weitere Teil der Strecke Rangoon-Singapore für den Flugverkehr noch vor Weihnachten d. J. eröffnet werden wird.

Ein 2000karätiger Diamant gefunden.

Paris, 23. September. Meldungen aus Rio de Janeiro bestätigen, daß in Campos de Patos in der brasilianischen Provinz Minas Geraes ein Diamant im Gewicht von mehr als 2000 Karaten gefunden wurde. Sein Wert wird nach dem gegenwärtigen Kurs auf 15 Millionen Franken geschätzt.

Die Allzufriedenen In St. Etienne in Frankreich ist eine merkwürdige Partei ins Leben gerufen worden: die Partei der Zufriedenen nämlich! Diese originelle Institution der unentwegten Lächler wird den Regierungsinstanzen sicherlich sehr willkommen sein. Die Zufriedenen haben nur einen Programmpunkt, an dessen Verwirklichung sie mit kämpferischer Energie arbeiten: die Unterdrückung jeder Opposition. Freilich wollen sie diese Ausschaltung der Kritik nicht mit den Methoden der braunen Vorneander-taler durchsetzen, sondern, als zivilisierte Menschen des 20. Jahrhunderts, durch ihr, wie sie annehmen, überzeugendes, zufriedenes Beispiel. Die Zufriedenen von St. Etienne sind der immerhin ein wenig überraschenden Ansicht, daß es uns geplagten Zeitgenossen gar nicht besser gehen könne, als es uns zur Zeit geht. Die Bescheidenheit und selbstgenügsame Zufriedenheit der Lächlerpartei in allen



Sir Frederik Gowland Hopkins,

der berühmte englische Chemiker und Nobelpreisträger für Medizin von 1929, glaubt, daß das Vitamin D den Krebs erregt, der in den letzten Jahrzehnten zu einer der furchtbarsten Geißeln der Menschheit geworden ist. Wenn diese Entdeckung sich bewahrheiten sollte, so würde damit die internationale Krebsforschung, die bisher ihr Augenmerk auf die Ermittlung eines spezifischen Bazillus richtete, vor ganz neue Tatsachen gestellt sein.

Ein Konkurrenzmandat gegen Kodak? Am 24. August erschienen in einem großen Teil der hiesigen Presse Nachrichten über Kodak-Filme deutscher Provenienz, auf denen beim Entwickeln angeblich ein Hakenkreuz sichtbar wurde. Die Firma Kodak ersucht uns um die Feststellung, daß an dieser Nachricht kein Körnchen Wahrheit ist. Es ist auch nicht richtig, daß die Prager Polizei in dieser Angelegenheit eingeschritten sei und bei den Händlern die vorhandenen Hakenkreuzfilme beschlagnahmt habe. Ueber Einschreiten des Vertreters der Firma Kodak erklärte die Prager Polizei diese Meldungen von irgend einem Einschreiten bzw. von der Beschlagnahme für unrichtig. Die Firma legt Wert auf die Feststellung, daß Kodakfabrikate in Amerika, England, Frankreich, Deutschland und anderen Staaten hergestellt werden. Die Prager Niederlassung der Firma bezieht — auch schon mit Rücksicht auf die begrenzten Importmöglichkeiten aus Deutschland — nur einen kleinen Teil ihres Bedarfs aus Deutschland; speziell ihre Filme sind fast ausschließlich amerikanischen, englischen oder französischen Ursprunges. Die Firma hält es nicht für ausgeschlossen, daß die oben erwähnte Meldung, die auch unser Blatt übernommen hat, von der Konkurrenz lanciert wurde, und ersucht uns um Richtigstellung unserer feinerzeitigen Notiz.

Einschränkung der Postautobusse in Oesterreich. Der österreichische Ministerrat hat die Aufhebung von 20 Postkraftfahrplänen und Einschränkung des Verkehrs auf 76 Postkraftfahrplänen mit einer jährlichen Gesamterparnis von 800.000 Fahrkilometer beschlossen. Diese Aufhebung und Einschränkung tritt zu Beginn der Winterfahrordnung 1933/34 in Kraft.

Auswanderung im zweiten Vierteljahr 1933. Die soeben erschienene Nummer 144 des laufenden Jahrganges der „Mitteilungen des Statistischen Staatssamtes“ enthält interessante Daten über die Auswanderung aus der Tschechoslowakei im April, Mai und Juni des heurigen Jahres. Der dauernde Rückgang, der unser Auswanderungswesen seit dem Jahre 1930 kennzeichnet und der sich besonders auffällig in den beiden letzten Vierteljahren des Vorjahres und im ersten Vierteljahr des heurigen Jahres bemerkbar machte, ist, wie es scheint, zum Stehen gekommen. Auswandererpassé wurden im zweiten Vierteljahr 1933 1.448 ausgefolgt, d. h. etwas mehr, als die Zahl der Auswanderer im zweiten Vierteljahr des vorigen Jahres (1.385) und im ersten Vierteljahr des heurigen Jahres (1.251) betrug. Dieses Steigen ist allerdings fast ausschließlich der beträchtlichen Zunahme der Auswanderung nach Frankreich zuzuschreiben, wozu 802 Personen um Auswandererpassé ansuchten, u. zw. fast durchgehend Landwirte aus der Slowakei. Die anderen Staaten weisen — bis auf eine unbedeutende Erhöhung der Auswandererzahl nach den Vereinigten Staaten von Amerika und nach Paraguay — fast durchwegs einen Rückgang in der Zahl unserer Auswanderer aus. Ebenso ist die Gruppenauswanderung auf Saisonarbeiten, die sich immer auf das zweite Vierteljahr jedes Jahres konzentriert, stark zurückgegangen. Im Vorjahre sind auf Feldarbeiten nach Oesterreich und Deutschland 13.290 Personen abgegangen, heuer bloß 8.897. Interessant ist, daß dieser Rückgang fast durchwegs auf Rechnung von Oesterreich geht, während unsere Saisonauswanderung nach Deutschland von 168 Personen im Vorjahr auf 760 im heurigen Jahr gestiegen ist.

Eine furchtbare Blutat hat sich in Dietersburg bei Pfarrkirchen in Niederbayern ereignet. Der dort wohnhafte 34 Jahre alte Gen darmeriehauptwachtmeister Eisinger erschloß seine beiden Kinder, ein dreijähriges Mädchen und einen fünfjährigen Knaben, und hierauf sich selbst. Das Mädchen starb nach kurzer Zeit, Eisinger und der Knabe wurden bereits als Leichen vorgefunden.

Infolge andauernder heftiger Regengüsse, welche von Gewittern begleitet waren, sind zahlreiche Flüsse im Drau-Banat aus den Ufern getreten und haben die Umgebung überflutet. Der materielle Schaden ist groß. Soweit bisher bekannt ist, ist bei den Ueberschwemmungen niemand ums Leben gekommen.

Die Bannerträgerin der chinesischen Revolution.

Des großen Sunjatsiens Witwe legt sein Werk fort.

Von Edgar Snow (Shanghai). (Nachdruck verboten.)

In der ruhigen Rue Mosiere der geräuschvollen Hafenstadt Shanghai steht ein unscheinbares kleines Haus. Stets sind drinnen die Gardinen vorgezogen und draußen die Fensterläden geschlossen; neugierige Passanten, werden in ihrer Hoffnung, einen Blick auf die Bewohnerin werfen zu können, stets enttäuscht. Doch das Haus hat seine Besucher. Nicht die offiziellen Würdenträger des heutigen China, die nach zahlreichen Zurückweisungen ihre Besuche ausgehen haben. Arbeiter kommen in das Haus, Studenten, Schriftsteller, Lehrer, Wissenschaftler. Denn auf einen nicht geringen Teil des jungen China übt die Frau, die dieses Haus bewohnt, eine wachsende Anziehungskraft aus: Frau Sunjatsien, Witwe des großen Revolutionärs, Führer Chinas auf dem Wege in eine neue Zeit.

Fast als einzige aus Sunjatsiens ehemaliger Umgebung hält sie das ursprüngliche Banner der chinesischen Revolution hoch. Fast als einzige von allen den früheren Anhängern Dr. Sunns im Kuomintang hat sie stets furchtlos auf der buchstäblichen Auffassung des auf drei Grundsätzen beruhenden revolutionären Dokuments, des San Min Tschu I, bestanden. Standhaft kämpfte sie stets für das Erwachen, die Emanzipation und die Befreiung der Millionen Chinas, die Wiedergeburt der Nation auf breiter sozialer und demokratischer Grundlage und den Sturz des tyrannischen chinesischen Militarismus.

Sung Tsching-Ling — so lautet der Mädchennamen Frau Sunns, den sie wieder angenommen hat — ist seit siebzehn Jahren Revolutionärin. Sie besuchte europäische Schulen in China, studierte dann in Amerika und lehrte 1914 in die Heimat zurück, wo der später zum Kaiser gewählte Yuan Shik'ai die Mandschudynastie gestürzt hatte. Als Reizgebührende war sie der Kuomintang, der chinesischen Volkspartei, beigetreten und floh nach dem Sturz der Republik nach Japan, wo sie Dr. Sunjatsien kennen lernte. Sie heiratete 1915 und sie stand ihm in der Parteiführung bis zu seinem Tode im Jahre 1925 zur Seite.

Während der Erfolge der Kuomintang-Bewegung wurde sie zur Führerin der streitbaren Jugend Chinas, gehörte dem Zentralkomitee an — nominell auch heute noch — und spielte eine führende Rolle in der Revolution. Sie arbeitete unermüdet, um die Massen für die Gedanken ihres Gatten zu gewinnen. Als der Kuomintang sich 1927 spaltete und das revolutionäre Ideengut Dr. Sunjatsiens allmählich militäristischer Sinnesart wich, verließ sie China und kehrte erst 1930 dorthin zurück.

Ihre Stellung in China ist heute einzigartig. Als Witwe Dr. Sunjatsiens, den der Kuomintang nahezu in den Rang eines Gottes erhoben hat, ist sie die erste unter allen Frauen Chinas.

Jedes Amt im Reiche der Mitte könnte das ihre sein. Alle erdenklichen Würden wurden ihr angeboten, damit sie die Nanjing-Regierung als die rechtmäßige Erbin Dr. Sunjatsiens anerkenne. In Nanjing erbaute die Regierung ein herrliches Haus für sie; sie will nichts davon wissen. In Nanjing errichtete der Kuomintang eine Schule für die Kinder der Märtyrer der Revolution und ernannte Frau Sun zu deren Präsidentin, in der Hoffnung, daß ihre bekannte Kinderliebe sie nachgiebig stimmen werde. Sie wies das Angebot einer Zurechnung zurück, die den Machthabern aus Gewissen rührte. Noch immer aber verbrennen Chinas Herrscher Opfergaben vor einem Tempel, aus dem der Geist längst geflohen ist; denn Sung Tschingling leugnet entrüstet, daß die Generalsjunta, die den gegenwärtigen Kuomintang beherrscht, irgendeine Ähnlichkeit mit Dr. Sunns Schöpfung habe. Um dies zu erklären, ruft sie die jüngste Geschichte Chinas in Erinnerung und erzählt einige der politischen Grundprobleme ihres Landes.

Es dürfte den meisten wohl noch in Erinnerung sein, wie nach dreißig Jahren des erfolglosen Kampfes um die Schaffung einer konstitutionellen Republik in China Dr. Sunjatsien im Jahre 1923 ein Uebereinkommen mit Sowjetrußland schloß, auf Grund dessen die Volkspartei aus Rußland zusammen mit Waffen, Munition und finanzieller Unterstützung auch einige Lehrer der Technik der Revolution erhielt. Gestützt auf dieses Bündnis hoffte er ein neues Volk aus den chinesischen Massen herauszukristallisieren.

Die nächsten Jahre hindurch gab das Schauspiel eines erwachten und tätigen chinesischen Volkes der Welt zu denken. Zwar nach Dr. Sunns Tod schien die Triebkraft des verjüngten Kuomintang nicht erloschen zu sein. Die Chinesen unwillkürlich zu sein. Der neue Staat sollte für das Volk existieren. Eine Herrschaft des Volkes, für das Volk und durch dieses. Ausbeutung, Bestechung und Rebotismus sollten ausgerottet werden. Den Privilegien und Konzessionen der Ausländer ein Ende gemacht werden. Begeistert folgten Chinas Millionen dem Banner der Revolution gegen die Tyrannie.

Doch 1927, in Canton, kam die Revolution zum Stillstand. General Tschangkai-schek, der bis dahin die revolutionären Armeen geführt hatte,

ließ plötzlich die Sache der Volkspartei im Stiche. In der Folge bemächtigte er sich dank des Zusammenstoßes von Generalen und Gangstern Shanghais und gründete schließlich seinen eigenen Kuomintang in Nanjing. Er besetzte die Nanjing-Regierung und vertrieb alle Linkelemente aus der Partei, die bis dahin tonangebend gewesen waren, und unter denen sich Frau Sun und Wang Tsching-wei, der anerkannte Parteitheoretiker, befanden hatten. Die Regierungsgewalt kehrte zurück in die Hände einer nicht sehr intelligenten Militärfaste und die fortschrittlich Gesinnten wurden entweder erschossen oder eingekerkert. Zahlreiche Rivale standen gegen General Tschangkai-schek auf und blutige Kämpfe zwischen den Machthabern zerstückten das Land. In Zentralchina entwickelte sich eine starke kommunistische Partei. Der Kuomintang verlor immer mehr an Anhang unter den Massen.

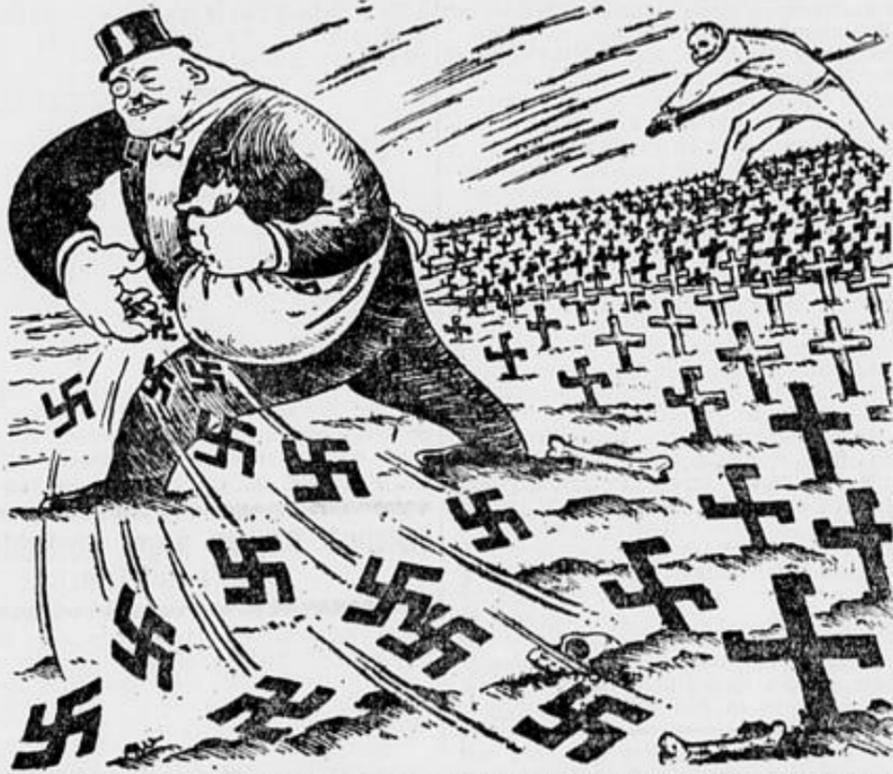
Als Japan in die Mandchurei einmarschierte, war die Woge des Nationalismus in China fast völlig verebbt. Das Volk konnte nicht gesammelt, die Hilfsmittel der Nation konnten nicht herangezogen werden. Die Nanjing-Regierung unterstützte nicht die Revolutionen Nordchinas in ihrem Kampfe gegen die Japaner. Keine Kanone, kein Aeroplan der Nanjingregie-

gericht zu stellen oder auch ohne alle Formalitäten hinzurichten. Ein nicht unerheblicher Teil der besten unter Chinas Jugend starb auf solche Weise und bis vor kurzem wogte keine Zeitung, diese Hinrichtungen zu kommentieren.

Die chinesische Liga für bürgerliche Rechte gewann rasch an Anhang. Ihre Forderungen erschienen dem demokratischen Westen gemäht. Sie strebt vor allem die Befreiung von etwa 50.000 politischen Häftlingen und die Wiederherstellung der Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit an. Da diese Ziele vorderhand nicht verwirklicht sind, konzentriert sie sich zunächst darauf, den Fall jedes einzelnen politischen Gefangenen vor ein ordentliches Gericht zu bringen, ihm Verteidiger beizustellen, nötigenfalls Bürgerschaft zu stellen und gegen grausame Methoden der Marterungen zwecks Erpressung von Geständnissen anzukämpfen. Und schon werden in der chinesischen Presse schüchterne Stimmen laut, die für die Legalisierung aller politischen Parteien einschließlich Sozialisten und Kommunisten, die Abschaffung von undisciplinierter Militarisierung und vor allem für die Einberufung einer Nationalversammlung und Gewährung einer Verfassung eintreten.

Wenn die Liga verbotene, zögerte Sung Tsching Ling nie, einen einsamen persönlichen Kampf zu führen. Erst unlängst begab sie sich nach Nanjing, um die Freilassung zweier Arbeiterführer zu erwirken, die in Shanghai von der Fremdenpolizei verhaftet und den chinesischen Behörden unter der Beschuldigung kommunistischer Umtriebe ausgeliefert worden waren.

Saat und Ernte



nung nahm an den Kämpfen zur Verteidigung der Mandchurei und Jehols teil. Dagegen blieben weiterhin 300.000 Nanjing-Soldaten in Zentralchina konzentriert. Mehr als 200.000 Bauern wurden von der gegen die „Roten“ ausgesandten Soldateska getötet.

Gegen diesen Stand der Dinge wagten bis nun nur sehr wenige Chinesen zu protestieren. Aber eine Frau Sung Tschingling hat nie aufgehört, stammenden Protest einzulegen. Von Feindseligkeit umgeben, verleumdet, schwächlich an einer ersten Krankheit leidend, kämpfte sie unermüdet, um dem alten Geist der chinesischen Revolution zum Siege zu verhelfen. Man hat sie eine sentimentale Natur genannt. Aber diese sentimentale Natur schreckt nicht vor einem unerbittlichen Kampfe gegen ihre eigene Familie, wie gegen ihren Schwager General Tschangkai-schek, ihren Bruder Finanzminister Sung und gegen ihren anderen Schwager Anna, Präsident der chinesischen Zentralbank und Mitglied des Zentralkomitees, zurück.

„Wenn Dr. Sung heute noch lebte“, so sagte sie mir, „er würde von diesem Kuomintang nichts wissen wollen und es verabscheuen, seinen Namen mit dem dieser feindlichen Militaristen zu leben. Er könnte nicht teilhaben an diesem nutz- und sinnlosen grausamen Vordringen der Chinesen auf den Patrioten unter der fälschlichen Flagge der Kommunistenbekämpfung. Die Kuomintang-Militaristen sind dadurch gerichtet, daß sie weder Freiheit der Rede, der Presse und der Versammlung gewähren. Den Arbeitern und Bauern, die neun Zehntel Chinas ausmachen, ist jede Organisation verwehrt. Die Justiz ist eine Farce, die Bestechung Raub und das Volk völlig rechtlos.“

Kaum ein anderer darf solche Worte heute in China wagen, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen. Aber Frau Sun übt nicht bloße Kritik; sie ist eine Frau der Tat. Erst kürzlich organisierte sie die „Chinesische Liga für bürgerliche Rechte“. Unter der Herrschaft eines Systems, wo das bloße Studium des Kommunismus ein schweres und nicht selten mit dem Tode bestrafes Verbrechen ist, hat es bis nun noch niemand gewagt, sich an die Spitze einer solchen Organisation zu stellen. Seit 1927 ist es in vielen Provinzen gang und gäbe, jeden, der offen Widerspruch gegen das Regime wagte, vor ein Stand-

Trotzdem ihre politischen Ideen nicht mit den seinen übereinstimmen, setzte sie sich auch mit aller Energie für die Freilassung Tschun Tschun's, eines der Führer der literarischen Renaissance Chinas ein. Ihre bittere Gegnerschaft zur militäristischen Willkür hinderte sie nicht, während der chinesisch-japanischen Feindseligkeiten eine fieberhafte Tätigkeit zu entfalten, unermüdet das Volk zu wirtschaftlichen Vergeltungsmahnen gegen Japan aufrufend, Geldsammlungen veranstaltend, Verbandmaterial beschaffend, Spitälter und Lazarette aus dem Boden stampfend.

Mit der Jugend zusammenarbeitend hat sie in den Arbeiterquartieren der großen Städte Chinas Klubs gegründet, Bildungscommittees in den Dörfern geschaffen und bäuerliche Selbsthilfevereinigungen organisiert. Gegen die Feindseligkeit der Behörden und den Überläufern der Massen ankämpfend verrichtete sie Pionierarbeit, indem sie unerschrocken für wissenschaftliche Geburtenkontrolle in einem Lande eintrat, dem sie wie keinem anderen Lande der Welt nottäte.

Frau Sun macht aus ihren Sympathien für die Roten Armeen kein Hehl, die einen verzweifelten Kampf führen, um die fünfzig Millionen Chinesen der zentralen Provinzen Chinas vor der furchtbaren Rache der Nanjing-Militaristen zu schützen. Es ist nicht allgemein bekannt, daß die chinesische kommunistische Regierung Japan offiziell den Krieg erklärt hat. Ueber Chinas „rote Armee“ ist nicht allzuweit bekannt. Aber jeder mit der gegenwärtigen Tragödie der chinesischen Landbevölkerung Vertraute kann nicht umhin, dieser unerschrockenen Kämpferin seine Bewunderung zu zollen. Von allen Seiten von Feinden umgeben, lediglich mit Gewehren und Keulabeln bewaffnet, behaupten sich diese Bauern nun schon seit vier Jahren gegen eine überwältigende Uebermacht von mit moderner Artillerie und Aeroplanen ausgerüsteten Nanjing-Soldaten. Sie haben ihr Gebiet ständig vergrößert. Division auf Division gegen sie entlassener Regierungstruppen für ihre Sache gewonnen und nun Japan den Krieg erklärt! Es ist schwer, die gegenwärtigen Machthaber Chinas nicht zu verachten, die kostspielige Expeditionen gegen jene unstritten, während die Japaner sich immer mehr im Norden einmischen.

(Einzig autorisierte Uebersetzung.)

Bei Erkältungskrankheiten, Rheuma,

Logal, ein wirksames Mittel gegen Erkältungskrankheiten, Rheuma, Grippe, Halsentzündung, Bronchitis, Lungenentzündung, Nerven- und Kopfschmerzen, sowie gegen alle Schmerzen, die durch Entzündungen entstehen. Logal bewirkt eine rasche Besserung der Symptome und ist in jeder Apotheke erhältlich. Preis pro Packung 12,00.

Vom Prager Rundfunk

Zwei kontrastierende Welten berührten sich in den Vorträgen dieser Woche: Hochschule und Arbeiterschaft. Der Rektor der deutschen Technik in Prag, Prof. Dr. Dä r p s n e r, erzählte von der Anstalt, der er vorsteht, schilderte ihren Werdegang, umschrieb sehr schön und ideal die Kulturmission des Technikers, der dem Naturgesetz die Erfüllung menschlicher Sehnsucht abringt, indem er die im System der gesamten Weltentwicklung schlummernden Erfindungen erweckt. Ziel und Kernpunkt des Vortrags war der Wunsch, daß die Prager Technik als Forschungsstätte, wo neue Elemente des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft auf neuer Basis entstehen, durch Sparmaßnahmen nicht geschädigt werde. Man könnte ja, meinte Redner, Betriebskosten herabsetzen, erledigte Lehrstühle vorderhand nicht besetzen; auch der Gedanke der Vereinigung der Technik mit der Universität wurde nicht grundsätzlich abgelehnt, unter der Bedingung, daß das geistige Gut der technischen Hochschule gleichberechtigt in die Ganzheit des Wissens eingereiht werde. Nur zwei Einwände wären zu erheben: 1. Unsere Hochschulen sind nicht nur Forschungsstätten, sondern auch (für die Mehrzahl der Hörer) höchste Berufsschulen und erzeugen als solche die erschreckende Zahl des intelligenten Proletariats, für das unsere Wirtschaft keinen Wirkungsraum mehr bietet. Dies Problem müßte bei der Verteilung der Frage bedacht werden. 2. Wenn der Vortragende die Hochschulen „Quellen verjüngender Kraft, Mutterboden des Fortschritts“ nennt, so können wir das heute nur für den sachlich-wissenschaftlichen Teil ihres Wirkens gelten lassen. Ihre erzieherische Tätigkeit zeigt leider das Ergebnis, daß die Mehrzahl der Hörer der rückwärtsgewandten nationalitätlichen Romantik des Faschismus verfallen erscheint. Hierin werden die geistigen Führer der Hochschulen grundlich umschalten müssen, wenn sie erwarten, daß sich die Arbeiterschaft für den Bestand der Hochschulen mit ihrer ganzen Kraft einsetzen solle. Denn es kann den Arbeitern nicht viel daran liegen, daß Schulen erhalten werden, denen die Vorkämpfer der faschistischen Diktatur entwachsen.

Allzuviel dieses strammen Geistes, der militäristischen Drill und die Ideale des neudeutschen autoritären Führertums atmet, spürt man auch in der Hörfolge über das deutsche studentische Arbeitslager bei Prag. Ich weiß nicht, wie viele sozialistische Studenten dort beteiligt sind und wie sie sich dabei fühlen. — nur ist da zu viel Kommandoforsicht und ich denke mir, daß es, wo intelligente Menschen sich freiwillig einer Zweckgemeinschaft einordnen, auch in etwas demokratischeren Formen und „Tönen“ gehen könnte.

In die wirklich gegensätzliche Welt der westböhmischen Arbeiter führte uns Genosse Abg. Wenzel J a l s c h in der Arbeitersendung „Pflügen und sein Hinterland“. Aus dieser liebe- und gefühlvollen Schilderung des norwollen Lebens in den Stöblungen der Bergleute, den Waldhörnern der Heimarbeit, den Wohnschluchten der Großstadiproleten leuchtet uns als fremdste Erkenntnis der Hinweis, daß gemeinsames Schicksal die nationalen Gegensätze verwischt, gemeinsame Arbeit schönste nationale Einigkeit geschaffen hat. Das ist der Weg, den wir in unserer Republik gehen müssen, diese innere, wahrhafte „Verständigung von Volk zu Volk“ ist unsere geschichtliche Aufgabe; wir werden sie lösen, während die chauvinistischen Scharfmacher beider Nationen längst ihre diversen „Volkfronten“ gegenseitig werden getrommelt haben.

Zwischen hat unsere Sendeleitung in der bürgerlichen Presse ein großes Programm veröffentlicht, das in der Ueberschrift eine wesentliche Verbesserung unserer deutschen Sendung verpricht. Bei näherem Betrachten finden wir so viel des grundtätiglichen Neuen nicht; doch insbesondere sudetendeutsche Kunst und heimisches Leben zur Geltung kommen sollen, daß Hochschulpromessoren vortragen usw., das ist nicht neu; dazu die Zahl der Hörspiele vermehrt, kann nur erfreuen, wenn auch ihre Qualität steigt; daß die Jungen vor allem zum Wort kommen sollen, läßt bei der bekannten Einstellung der Mehrheit unserer jungen Intelligenz auch keine ungetrübte Freude aufkommen. Sollte die große Ertragserschaft in der Uebernahme von Sendungen der Wiener Radiog bestehen, so müssen wir bemerken, daß die eigenen Hörer des Wiener Rundfunks mit ihren Sendungen gar nicht mehr zufrieden sind, daß gerade jetzt die Radiog von Kopf bis Fuß auf österreichischen Patriotismus eingestellt ist, also auch nichts für uns. Was wir brauchen und verlangen, ist hier schon öfters gesagt worden: wir brauchen Sendungen von aufrichtig demokratischer Gemütnung, geeignet, solche auch bei den Hörern zu wecken und zu stärken; wir wollen hinausgeführt werden aus der provinziellen Beschränkung geistiger Enghut und teilnehmen an dem Leben und Wirken des europäischen, des Menschheitsgeistes. Davon steht in dem großen Programm unserer deutschen Sendung nichts zu lesen ... Fürst en au.

